

Koloniales Erbe in Köln entschieden aufarbeiten – Kunstwettbewerb für das Reiterdenkmal

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

1 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln fordern eine Neubewertung der Ehrung Kaiser
2 Wilhelms II. auf einem der prominentesten Plätze Kölns (Kurt Rossa Platz). Wir
3 schlagen vor, dass ein Kunstwettbewerb für das dort platzierte Reiterdenkmal
4 ausgeschrieben wird. Der Kunstwettbewerb hat zum Ziel, eine angemessene
5 Alternative zu finden, in der das Handeln von Kaiser Wilhelms II. gezeigt und
6 seine kommentarlose Ehrung in Köln beendet wird.

7 Entscheidend ist dabei, in einem ersten Schritt mit den von deutschen Kolonial-
8 und Staatsverbrechen Betroffenen in einen Dialogprozess über ihre Ansprüche an
9 eine Alternative zum Reiterstandbild zu treten. Denn der Stadtgesellschaft kann
10 das Leid der Opfer und ihrer Nachfahren sowie die andauernde Verherrlichung des
11 Unrechts nicht gleichgültig sein. Kaiser Wilhelm II. ist Teil der deutschen
12 Geschichte und seine Verbrechen können weder beschwiegen noch ausgeradiert werden.
13 Im Zusammenhang mit dem Kunstwettbewerb für das Denkmal soll ebenfalls eine
14 Umgestaltung des Platzes mitgedacht werden. Denn in einem zweiten Schritt soll
15 die Umgestaltung des Platzes erreicht werden. So soll ein Platz entstehen, der
16 der Aufarbeitung des kolonialen Erbes Kölns gerecht wird, den Ansprüchen der
17 Mobilitätswende in der Stadt genüge trägt und gleichzeitig Aufenthaltsqualität
18 für Kölner*innen sowie Tourist*innen schafft. Für das finale Mahnmal müssen die
19 relevanten Gremien der Stadt einbezogen und entsprechende Beschlüsse gefasst
20 werden, damit ein nachhaltiger Prozess in Gang gesetzt wird.

21 Wir bekräftigen unsere Unterstützung für ein dauerhaftes Mahnmal zur Erinnerung
22 an den Genozid an den Armenier*innen in Köln, in dessen Inschrift des Genozids
23 an den Armenier*innen gedacht und zur Ächtung von Nationalismus und Rassismus
24 aufgerufen wird. Bei dem Kunstwettbewerb für das Reiterdenkmal muss die
25 Entscheidungsfindung zu einem geeigneten Standort mit berücksichtigt werden.

Begründung

Zahlreiche Initiativen und Gruppen beschäftigen sich seit vielen Jahrzehnten mit Kolonialverbrechen, die auch in Köln ihre Spuren hinterlassen haben. Auch wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln waren bereits in den 1990er Jahren maßgeblich daran beteiligt, dass Straßennamen im sogenannten „Afrika-Viertel“ in Nippes von Kolonialverbrechern wie Adolf Lüderitz und Carl Peters umbenannt wurden. Dies waren wichtige Schritte. Mittlerweile sind knapp drei Jahrzehnte vergangen und wir müssen feststellen, dass weiterhin erheblicher Bedarf besteht, sich kritisch mit dem kolonialen Erbe der Stadt Köln auseinanderzusetzen.

Die Stadt Köln hat im Herbst 2021 eine Expert*innenkommission aus der Stadtgesellschaft eingesetzt, die sich mit dem kolonialen Erbe Kölns befassen soll. Wir begrüßen diesen Schritt und werden uns weiterhin entschieden dafür einsetzen, dass das koloniale Erbe Kölns aufgearbeitet wird.

Raub und Mord gehörten zum Alltag in der Kolonialzeit. Koloniale Kontinuitäten sind wirkmächtig und bestehen in unterschiedlichem Maße bis heute weiter. Auch Kölner*innen waren an den Kolonialverbrechen beteiligt. Köln trägt ein schweres koloniales Erbe, das es gilt aufzuarbeiten. Diese

Aufarbeitung ist jedoch nicht nur abstrakt theoretisch gemeint, wenngleich es wichtig und richtig ist, Veranstaltungen, Bildung und Forschung dazu voranzutreiben. Die Aufarbeitung muss aber auch die Auseinandersetzung mit dem Kölner Stadtbild umfassen. Durch Straßennamen und Denkmäler wird koloniales Unrecht weiterhin heroisiert oder verharmlost und es werden Personen geehrt, die Kolonialverbrecher waren und die Kolonialisierung begrüßten. Wir müssen uns deshalb mit einschlägigen Straßennamen und Denkmälern kritisch auseinandersetzen. In einigen Bezirksvertretungen, wie Ehrenfeld und Nippes, wurden dazu bereits erste Initiativen gestartet. Klar ist, wir müssen genau hinschauen, wer in der Stadt eine Ehrung erhält und es kann nicht nur bei Umbenennungen bleiben. Köln braucht eine angemessene Erinnerungskultur im öffentlichen Raum.

Ein konkretes Beispiel (unter vielen) ist das Reiterdenkmal Kaiser Wilhelm II. vor der Hohenzollernbrücke. Seine Regierungszeit war durch wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Fortschritt geprägt, jedoch auch durch politische Unterdrückung, Krieg, Antisemitismus und Kolonialismus. So legte der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags bereits im Jahr 2007 die antisemitische Haltung des Kaisers dar. Kaiser Wilhelm II. unterstützte den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts, in dem 50.000 bis 60.000 Herero und Nama durch die deutsche Kolonialmacht auf dem Gebiet des heutigen Namibia getötet wurden. Als oberster Heerführer war er maßgeblich beteiligt an weiteren Kolonialverbrechen wie der blutigen Niederschlagung des sogenannten „Boxeraufstandes“ (Yìhétuán Yùndòng) im heutigen China und dem Genozid an den Armenier*innen 1915 mit 1,5 Millionen Toten, in dem deutsche Offiziere direkt verwickelt waren. Des Weiteren ist Kaiser Wilhelm II. mitschuldig am Ersten Weltkrieg und mitverantwortlich für etwa 15 Millionen Tote in Europa und den europäischen Kolonien. Mehrere unabhängige Gutachten belegen zudem, dass Kaiser Wilhelm II. durch sein politisches Verhalten dem Nationalsozialistischen Terrorregime erheblichen Vorschub geleistet hat.

A1 Nachhaltige Ansiedlung von Unternehmen und Branchen

Gremium:	Schreibgruppe Förderkriterien (Gabriele Pulvermüller, Max Hanbücken, Maximilian Hillen, Oliver Gaedeke, Sophia Arzbach, Tarek Abdellatif, Thomas Ketelaer)
Beschlussdatum:	18.09.2023
Tagesordnungspunkt:	TOP 4 Anträge

Antragstext

- 1 Die Kölner Grünen sprechen sich für die stärkere Berücksichtigung von sozialen,
- 2 ökologischen und ökonomischen Leitlinien bei der Ansiedlung und Förderung von
- 3 Unternehmen in Köln aus.
- 4 Bestehende Kriterien der Stadt sollen weiter ausgeführt, ergänzt und möglichst
- 5 gewichtet werden.
- 6 Damit soll die Ansiedlung von Unternehmen und deren Förderung nachhaltiger und
- 7 transparenter werden und den Standort Köln zukunftsfähig machen.

Begründung

Ansiedlungspolitik und Standortentscheidungen sind ein wichtiges Instrument, um die zukünftige Ausrichtung einer zukunftsfähigen Kölner Wirtschaft zu lenken.

Um eine nachhaltige Entwicklung der Kölner Wirtschaftsstandortes im Interesse der Stadt und Ihren Bürger*innen zu ermöglichen, sollen Unternehmen, die sich auf den Flächen der Stadt Köln ansiedeln oder investieren möchten, möglichst viele Leitlinien aus den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales berücksichtigen. Hierzu sollten folgende Parameter berücksichtigt werden:

Ökologische Leitlinien

- Produkt: Ökologischer Nutzen des Produktes / der Dienstleistung
- Ressourcenverbrauch: Flächenverbrauch verringern, Umnutzung statt Neubau
- Wasserkonzept: Minimierung des Wasserverbrauchs, Regenwasser für Bewässerung und Brauchwasser, Versickerungs- und Retentionsmaßnahmen
- Energie: Verringerung des Energiebedarfs im Vergleich zu vergleichbaren Objekten, Einsatz regenerativer Energien
- Bauliche Nachhaltigkeit: Einsatz wiederverwendbarer Baustoffe, Einsatz nachhaltig erzeugter, nachwachsender Rohstoffe und Einsatz von Recyclingmaterial
- Suffizienzansatz: Überprüfen der langfristigen Nutzbarkeit des Baus

Ökonomische Leitlinien

- Produkt: Wirtschaftlicher Nutzen des Produktes/ der Dienstleistung, Beitrag zur Grundversorgung der Stadt und Förderung eines nachhaltigen Konsums
- Diversifizierung der Kölner Wirtschaft
- Arbeitsplätze: Schaffung von Ausbildungsplätzen, Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze und Tariftreue
- Zukunftssicherheit der städtischen Investitionen: Zukunftssichere Branche, Standortsicherheit

Soziale Leitlinien

- Produkt: Sozialer Nutzen des Produktes/ der Dienstleistung
- Nachhaltiges Mobilitätskonzept
- Konzept „gemischte Stadt“ (z.B. Kleingewerbe neben Wohnen, urbane Produktion)
- Antidiskriminierung: Barrierefreiheit und Anti-Diskriminierungsfortbildungen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Arbeitszeitflexibilität
- Integration Geflüchteter oder sozial benachteiligter Gruppen
- Gleichberechtigung

Neben diesen Leitlinien sollten die folgenden zukunftsrelevanten, versorgungssichernden und aktuell stadtbildprägenden Branchen bevorzugt berücksichtigt werden:

- Klimahandwerk
- Biotechnologie
- Climate-Tech-Unternehmen
- Medien und Kultur
- Medizintechnik
- Halbleitertechnologie
- IT & Künstliche Intelligenz

Die Gewichtung der Kriterien soll eine nachvollziehbare qualitative Bewertung ermöglichen und damit zu einer transparenten Entscheidungsfindung beitragen.

Damit wollen wir eine moderne Lenkung der Ansiedlungspolitik zulassen, um den stetigen Herausforderungen einer wachsenden Metropole und der Flächenknappheit gerecht zu werden und eine fortschrittliche Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Köln gestalten.

A2 Einführung eines Finanzausgleichs bei den Grünen Köln – Investition in unsere Zukunft

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 18.09.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Antragstext

1 Wir als gesamter Kreisverband der Grünen Köln wollen unsere Arbeit
2 weiterentwickeln und professionalisieren, um zum einen unserer gestiegenen
3 Mitgliederanzahl und zum anderen der gestiegenen Bedeutung in der Stadt
4 angemessen Rechnung zu tragen. Dazu führen wir als Kreisverband seit letztem
5 Jahr eine Strukturreform durch. An vielen Stellen sind es Maßnahmen, die wir
6 durch Anpassung unserer internen Verfahren und neue Zuständigkeiten umsetzen
7 konnten. Dazu zählt ebenfalls eine neue Aufteilung von Aufgaben zwischen der
8 Kreisgeschäftsstelle und den Ortsverbänden.

9 Neben der Anpassung von Verfahren und Zuständigkeiten müssen wir auch Geld in
10 die Hand nehmen und in unsere zukünftige Arbeit investieren, um uns weiter zu
11 professionalisieren. Nur gemeinsam als Kreisverband und Ortsverbände können wir
12 unserer Rolle gerecht werden. Bisher haben die Ortsverbände nicht von der
13 positiven Entwicklung der Mitgliederzahlen der letzten Jahre profitiert. Mit
14 einem Finanzausgleich möchten wir nun die Kooperation zwischen Kreisverband und
15 Ortsverbänden strukturell stärken und einen wichtigen Schritt für die Finanzen
16 der Ortsverbände nehmen. Dabei ist eine faire Verteilung für alle Seiten
17 entscheidend. Statt eines Gießkannenprinzips, wollen wir dort investieren, wo
18 wir strukturell schwächer sind. Wir wollen insbesondere dort unsere
19 Parteistrukturen und unsere Aktivitäten fördern, wo wir noch nicht so stark
20 sind. Das heißt, wir führen hiermit eine neue Verteilung von Finanzmitteln im
21 Kreisverband der Grünen Köln ein, wobei finanzschwache Ortsverbände proportional
22 stärker profitieren.

23 Als Basis für die Berechnung des Finanzausgleichs wird der 3-Jahres-Durchschnitt
24 der Einnahmen (ohne Spenden) jedes Ortsverbands zugrunde gelegt. Das heißt, die
25 Basis sind die Mandatsträger*innenabgaben der grünen
26 Bezirksvertretungsmitglieder. Die Einnahmen aller Ortsverbände werden summiert
27 und der Anteil jedes Ortsverbands am Gesamtbetrag berechnet. Daraus wird der
28 Kehrwert gebildet und mit dem Finanzvolumen des dafür vorgesehenen Budgets
29 multipliziert. Als Budget des Finanzausgleichs werden 3% der
30 Nettomitgliedsbeiträge des Kreisverbands (nach Abgaben an Bundes- und
31 Landesverband) des jeweils letzten Jahres festgelegt. Dies dient der
32 langfristigen Finanzierbarkeit und sichert gleichzeitig, dass die Ortsverbände
33 vom Mitgliederwachstum profitieren.

34 Der daraus resultierende Betrag wird einmal im Jahr mit dem Beschluss des
35 Jahreshaushalts des Kreisverbands dem jeweiligen Ortsverband überwiesen. Es
36 findet keine Anpassung der Berechnung während des laufenden Jahres statt.

37 Die Maßnahme wird nach zwei Jahren (Herbst 2025) auf ihre Wirksamkeit mit den
38 Ortskassierer*innen evaluiert. Des Weiteren arbeiten die Kassierer*innen von
39 Ortsverbänden und dem Kreisverband auf eine Vereinheitlichung der
40 Mandatsträger*innenabgaben bis zur kommenden Wahlperiode 2025 hin.

Begründung

Erfolgt mündlich

A3 Nachtragshaushalt 2023

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 18.09.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Antragstext

- 1 Den vollständigen Nachtragshauhalts findet Ihr in der Wolke:
- 2 [Nachtragshaushalt 2023](#)

Begründung

Erfolgt mündlich.

A5 Aufbau einer zentralen Koordinationsstelle und Sicherstellung selektiver Präventionsangebote zur Verhinderung psychischer Erkrankungen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Antragstext

1 Wir GRÜNEN haben uns in diversen Parteiprogrammen das Ziel gesetzt, Menschen in
2 psychischen Krisen schneller zu helfen und zu einer Verbesserung der mentalen
3 Gesundheit in der Bevölkerung beizutragen – so wollen wir z.B. die ambulante
4 psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe ausbauen und die Wartezeiten zur
5 ambulanten Behandlung verkürzen.
6 Dabei ist jedoch zu betonen, dass psychische Krisen selten plötzlich auftauchen.
7 Die Mehrzahl davon bahnt sich über einen längeren Zeitraum an und entsteht aus
8 einem Komplex geringer werdender Widerstandsfähigkeit und widriger
9 Lebensumstände.

10 Wenn wir also das Menschenrecht auf seelische Gesundheit wahren wollen, können
11 wir nicht erst anfangen zu helfen, wenn psychische Erkrankungen schon
12 vollständig ausgebrochen sind.

13 Deswegen fordern wir den Aufbau einer zentralen übergeordneten Koordinations-
14 und Informationsstelle zur Prävention psychischer Erkrankungen für Köln. Diese
15 soll für die Vernetzung und den Überblick aller Präventionsprogramme in Köln
16 zuständig sein und Erstberatungsstellen (wie z.Bsp. SPZ's oder zukünftig auch
17 Gesundheitskiosken) und allg. Interessierten einen strukturellen, personen- und
18 trägerunabhängigen Überblick zu bestehenden Programmen und Projekten liefern. .
19 Auf organisationaler Ebene ist eine intensive Zusammenarbeit mit der bereits
20 etablierten Psychiatriekoordination notwendig, um somit Hilfen für bereits
21 Erkrankte, deren Angehörige und andere Präventionsangebote besser untereinander
22 zu vernetzen. Alle Menschen, die ein erhöhtes Erkrankungsrisiko haben, sollen
23 dadurch noch gezielter angesprochen werden; so. z. Bsp. Angehörige psychisch
24 Erkrankter oder Menschen, die sich in sehr belastenden Lebenssituationen
25 befinden.

26 Damit die Koordinationsstelle angenommen wird, sollen Erstberatungsstellen und
27 Multiplikator*innen, wie Ärzt*innen, Kliniken, Psychiater*innen und
28 Psychotherapeut*innen, Lehrer*innen, Geistliche unterschiedlicher Religionen und
29 Konfessionen und das Jugendamt auf die Stelle aufmerksam gemacht werden.. Die
30 Multiplikator*innen können dabei auch gezielt Menschen, die sie als psychisch
31 sehr belastet erleben, ansprechen. So erweitert sich der Fokus vom bereits
32 Erkrankten zu jenen Menschen, die bereits stark belastet, aber noch nicht im
33 klinischen Sinne erkrankt sind.

34 Denn wenn diese Menschen, inbs. auch Kinder- und Jugendliche, frühzeitige
35 präventive Unterstützung finden, lässt sich deren Widerstandsfähigkeit erhöhen
36 und die Wahrscheinlichkeit eines Krankheitsausbruchs deutlich verringern.

37 Hierzu fordern wir außerdem die Unterstützung und Förderung von selektiven
38 Präventionsangeboten, die der gezielten Prävention psychischer Erkrankungen
39 dienen. Zur Umsetzung dieser notwendigen Maßnahme fordern wir die Stadt Köln
40 auf, mit den Krankenkassen über die Bereitstellung derartiger Projekte zu
41 verhandeln und so zu einer noch treffgenaueren und kontinuierlicheren

42 Verwendung der Beitragsmittel für Prävention hinzuwirken. Denn letztlich
43 profitieren alle - auch die Krankenkassen - wenn vorbelastete Personen nicht
44 manifest erkranken.

45 Wir fordern also: Mehr Unterstützung und Förderung von selektiven
46 Präventionsangeboten und den Aufbau einer zentralen Koordinations- und
47 Informationsstelle zur Prävention psychischer Erkrankungen für Köln.

Begründung

Knapp 28 von 100 Deutschen entwickeln im Lauf eines Jahres eine psychische Erkrankung[i]. Die zwei häufigsten Diagnosen sind hierbei Depressionen und Angststörungen[ii]. Depressionen führen auf hundert Versicherte zu knapp 106 Tagen der Arbeitsunfähigkeit pro Jahr, bei Angststörungen sind es ca. 20 Tage[iii]. Dabei sind psychische Erkrankungen der zweithäufigste Grund für einen langfristigen Arbeitsausfall und der primäre Grund für Frühverrentungen[iv]. Außerdem liegen die Kosten der Behandlung psychisch erkrankter Menschen mit 44. Mrd. Euro pro Jahr (bundesweit, 2015) nur knapp hinter denen zur Behandlung des Herz-Kreislaufsystems[v]. Etwas gegen die Entstehung und den Ausbruch einer psychischen Erkrankung zu unternehmen, sollte also genauso wichtig sein, wie präventive Arbeit und Aufklärung im Bereich organischer Erkrankungen zu leisten.

Um dies zu erreichen, sind zwei Prinzipien der Prävention zu unterscheiden: Das der allgemeinen Förderung seelischer Gesundheit, auch universelle Prävention genannt. Und jenes der selektiven Prävention, die den Ausbruch einer spezifischen Erkrankung verhindern kann.

Die universelle Prävention kommt uns allen zu Gute. Sie nimmt vielfältige Formen an (von der Begrünung der Stadt mit Parkanlagen bis zur Vermittlung von allgemeinem Gesundheitswissen) und ist idealerweise – aber in der Realität immer noch viel zu selten – lebensweltlich verankert (in Schulen, Betrieben und/oder im Quartier). Ihre Stärke liegt in der Erreichung eines hohen Personenkreises; für konkret psychisch gefährdete bzw. vorbelastete Personen leistet sie jedoch bisweilen zu wenig.

Selektive Präventionsprogramme tragen hingegen zur Verhinderung einer spezifischen Erkrankung bei[vi]. Kennt man die Faktoren, die Erkrankungen beeinflussen, lassen sich nämlich Gruppen mit überdurchschnittlichem Erkrankungsrisiko erkennen[vii]. Diesen Personen können dann passgenaue und dementsprechend effektive Präventionsprogramme angeboten werden. Diese Art der Prävention ist zur Verhinderung von psychischen Erkrankungen essentiell und sollte somit ausgebaut werden.

Nach eigener Recherche des AK Gesundheit werden in Köln hauptsächlich Projekte zur universellen Prävention und nicht zur selektiven Prävention angeboten. Die angebotenen Projekte werden jedoch teils nur zufällig oder durch Programmhopping durch die Betroffenen gefunden. Nach Befragungen und Recherchen im Bereich der Präventionsarbeit lässt sich traurigerweise feststellen, dass das aktuelle Präventionsangebot in Köln einem Flickenteppich gleicht, der durch individuelle Netzwerkarbeit getragen wird und löchrig wird, sobald auch nur ein*e engagierte Akteur*in ausfällt. Versuche, die Lage übersichtlicher zu gestalten, wie schriftliche Zusammenfassungen verschiedenster Angebote sind schnell wieder überholt. Zudem können diese Dokumente aufgrund ihrer Informationsfülle und Fachsprache nur von Fachpersonal adäquat genutzt werden. Der Zugang zu niedrigschwelligen selektiven Präventionsangeboten ist also nicht gegeben. Außerdem können sich viele, auch gut laufende Projekte, nicht dauerhaft etablieren, da keine langfristige Förderung besteht. Dies wiederum sorgt für eine immerwährende Unübersichtlichkeit, da Multiplikator*innen stets auf dem neuesten Stand sein müssten, um Betroffene an die passende Stelle weiterleiten zu können. Eine Aufgabe, die demnach dringend von einer zentralen Stelle zur Prävention psychischer Erkrankungen übernommen werden muss.

Zur expliziten Finanzierung des selektiven Präventionsangebots psychischer Erkrankungen stehen je nach Auslegung des Haushaltsplans der Stadt Köln Gelder im Bereich von 200.000 Euro bereit- weitere Bezuschussungen können den Bereich der selektiven psychischen Prävention berühren, sind aber nicht eindeutig als solche zu identifizieren [viii]. Verglichen mit den Millionen, die für bereits erkrankte Menschen ausgegeben werden, wird hier die Chance vertan, Menschen frühzeitig vor einer Krankheit zu schützen und Kosten zu sparen. Daher sollte es auch für die Krankenkassen von Interesse sein, gezielt in Präventionsangebote zu investieren. Bisher ist das Engagement der Krankenkassen in der Prävention jedoch eindeutig zu gering. Die Krankenkassen erfüllen zwar die Vorgaben, jedoch erreichen die Angebote bisher vielfach Personen, denen es gesundheitlich sowieso gut geht – so z.B. im Rahmen von Bewegungsangeboten, die von den Versicherten eigeninitiativ erfragt oder recherchiert werden müssen [ix]. Personen, die zwar vorbelastet, aber „noch“ nicht krank sind, suchen seltener eigenständig Angebote und müssen diese niedrigschwelliger erhalten. Damit Präventionsangebote schlussendlich allen Menschen zugänglich sind – unabhängig davon, bei welcher Krankenkasse sie versichert sind – empfiehlt sich die Kommune notwendigerweise als Koordinationsinstanz. Dies könnte auch die langfristige Förderung von Projekten garantieren.

Durch frühzeitige selektive Prävention könnte man den Betroffenen demnach viel Leiden und gesellschaftlich gesehen immense Kosten ersparen. Wir fordern also, dass Köln sich noch stärker dafür einsetzt, dass psychische Erkrankungen vermieden werden. Für uns kann dies nur durch vermehrte selektive Präventionsangebote und eine gute Koordination gelingen.

[i] [https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a0--3ba599/DGPPN_Dossier %20web.pdf](https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a0--3ba599/DGPPN_Dossier%20web.pdf)

[ii] [https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a--03ba599/DGPPN_Dossier %20web.pdf](https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a--03ba599/DGPPN_Dossier%20web.pdf)

[iii]

<https://www.dak.de/dak/bundesthemen/psychreport-2429400.html#/>

[iv] [https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a--03ba599/DGPPN_Dossier %20web.pdf](https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a--03ba599/DGPPN_Dossier%20web.pdf)

[v] [https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/111586/Psychische-Erkrankungen-44-Milliarden-Euro-direkte- Behandlungskosten-pro-Jahr](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/111586/Psychische-Erkrankungen-44-Milliarden-Euro-direkte-Behandlungskosten-pro-Jahr)

[vi] WHO (2004) Prevention of mental disorders. Effective interventions and policy options.

[vii] Van Doesum, Hosman & Riksen-Walraven, in Erscheinung.

[viii] https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf20/2022/4_hpl_2022_anlagenband_final_nach_bezr.pd--f :

- Bezuschussung von Patenschaften für Kinder psychisch kranker Eltern (104.400 €)
- Beratungs- und Unterstützungsangeboten für psychisch belastete Eltern- und ihre Kinder (77.933 €)
- Excl. frühe Hilfen (vom Bund finanziert, daher nicht anrechenbar)

Weitere s. Anhang I, Gelder zur selektiven Prävention? Haushaltsplan Stadt Köln 2022

[ix] [://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/praeventionsgesetz/](https://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/praeventionsgesetz/)

A6 Präsentation & Antrag Rheinkrake und die (Plastik-)vermüllung des Rheins

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Antragstext

1 Seit September 2022 sammelt das ehrenamtliche Projekt Krake über ihren im Rhein
2 unweit der Zoobrücke installierten Fangkorb kleine Anteile des im Rhein
3 schwimmenden Mülls ein. Das wissenschaftliche Monitoring des Projekts erfolgt
4 über die Universität Bonn.

5 Die Müllfalle deckt einen verschwindend kleinen Teil des Rheins an dieser Stelle
6 ab und doch werden bei jeder Leerung des Fangkorbes neben Unmengen an
7 Verpackungsmüll auch jedes Mal wieder an Treibholz oder Müll anhaftende
8 Kunststoffpellets eingesammelt.

9 Aus den Kunststoffpellets werden in der Industrie Plastikprodukte hergestellt.
10 Sie sind also ein Vorprodukt und unterscheiden sich von den ebenfalls massenhaft
11 eingesammelten Plastikresten, bzw. dem typischen Mikroplastik, das durch den
12 Zerfall von Plastikmüll entsteht.

13 Sowohl die Kunststoffpellets als auch die Plastikzerfallprodukte werden durch
14 Fische mit Nahrung verwechselt oder versickern im Rhein oder am Rheinufer in der
15 Umwelt und tragen so zur Plastifizierung unserer Erde bei und geraten über die
16 Nahrungskette wieder zum Menschen zurück, wie wissenschaftlich erwiesen ist.
17 Auch wird das Trinkwasser im linksrheinischen Köln mit Rheinuferfiltrat gemischt
18 und da Mikroplastik nicht völlig herausgefiltert werden kann, ist die Aufnahme
19 von Plastik auch über diesen Weg nicht abwegig.

20 Forderungen:

21 1. Konsequente Aufklärung und Beseitigung der - aus unserer Sicht bewussten -
22 Einleitung der Kunststoffteilchen in den Rhein. Wir fordern die Mitglieder der
23 Grünen im Rat der Stadt Köln auf, dies nachzuhalten und auf Umsetzung zu
24 drängen.

25 2. Da das Problem der Verantwortung für die Beseitigung von Müll im Fluss und am
26 Uferbereich einer Bundeswasserstraße gesetzlich nicht eindeutig geregelt ist und
27 sich weder der Bund noch die Stadt für dessen Beseitigung zuständig fühlen,
28 fordern wir unsere Mitglieder im Rat auf, einen Sinneswandel bei der AWB zu
29 bewirken.

30 Die Stadt soll ihre Zuständigkeit für die Uferbereiche des Rheins erklären und
31 den Rhein und das nicht befestigte Rheinufer dauerhaft in den Reinigungsplan der
32 AWB aufnehmen. Das würde auch den aus unserer Sicht sinnvollen Masterplan
33 Sauberkeit glaubwürdiger erscheinen lassen.

A7 Grüner Wirtschaftsdialog / Wirtschaftsvereinigung der Grünen

Antragsteller*in: Michael Kaiser

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Text: Die BDK fordert den Bundesvorstand auf, die Wirtschaftsvereinigung der
- 3 Grünen aufzufordern, Gespräche mit dem Grünen Wirtschaftsdialog (GWD) zu führen,
- 4 mit dem Ziel, dass es anschließend nur noch einen und ausdrücklich von
- 5 Wirtschaft und Politik unabhängigen Verein gibt.

Begründung

Der Grüne Wirtschaftsdialog macht bereits seit Jahren und eng vernetzt mit Politik und Wirtschaft inhaltliche Arbeit im Sinne ökologischer, nachhaltiger und sozialer Transformation. Ohne Rücksprache mit dem GWD oder Grünen Gremien wie Bundes- oder Landesarbeits-Gemeinschaften hat der Bundesvorstand jetzt eine eigene Wirtschafts-Vereinigung der Grünen (WVG) gegründet. Der GWD versteht sich als unabhängiger Brückenbauer zwischen Politik & Wirtschaft, mit einem Fokus auf Sacharbeit wie Durchführung von Dialogveranstaltungen oder Erstellen von Konzeptpapieren. Dieses beruht auf dem ausdrücklichen Wunsch der beiden Bundesvorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck zur strikten Trennung von Verein und Partei bei Gründung des GWD. Dagegen ist die neugegründete Wirtschaftsvereinigung ausgelegt auf parteipolitische Werbung. So sehr es richtig ist, Grüne Ziele und Vorschläge zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation in die Gesellschaft und auch in die Unternehmen zu kommunizieren, diese Aufgabe kann nicht der Arbeitsinhalt einer Dialogplattform Wirtschaft – Grüne sein. Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen soll aber offensichtlich diese Funktion haben. Das macht schon der Stil auf der Homepage deutlich. Die Selbstdarstellung als unabhängige Wirtschaftsvereinigung wird schon in der Einleitung auf der Homepage ad absurdum geführt durch den unmittelbaren Verweis auf Bündnis 90 die Grünen. Zudem wurde vom Bundesvorstand für die Gründung eine Starthilfe von 120.000 EUR zur Verfügung gestellt, während die GWD sich ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge finanziert. Entsprechend hat es bereits heftige Kritik seitens der Lobby Watch Gruppen gegeben. Es besteht die begründete Sorge, dass hier einzelnen Unternehmen eine unmittelbare Einflussnahme auf gesetzgeberische Maßnahmen ermöglicht wird. Es ist zudem kontraproduktiv, das gleiche Anliegen mit zwei Vereinigungen umzusetzen. Es gibt bereits massive Verwirrung unter den Unternehmen und es liegen bereits bestätigte Informationen vor, dass auf einzelne Abgeordnete Druck ausgeübt wurde, an keinen GWD-Veranstaltungen mehr teilzunehmen, um die Wirtschaftsvereinigung damit indirekt zu stärken. Auch die nicht definierte Einflussnahme des von der WVG einberufenen politischen Beirates unter der Führung der beiden Bundesvorsitzenden auf die Arbeit des Vereins und umgekehrt gibt Anlass zu begründeten Bedenken bezüglich der Transparenz und Unabhängigkeit des – so notwendigen – Dialogs zwischen Wirtschaft und Grüner Politik. Wer sich wie die WVG nach eigenen Worten ähnlich aufstellen will wie der Wirtschaftsrat der Union, vergleicht sich mit einem Verein, der berechtigt in erheblicher Kritik steht wegen nicht-transparenter Verbindung von Wirtschaft direkt in die Entscheidungszentren der Union.

A8 Stärkung des Wissenschaftsstandort Köln

Antragsteller*in: Reinhold Goss (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Antragstext

1 Die Grüne Köln setzen sich dafür ein, die neue Form eines Freiwilligen
2 Wissenschaftlichen Jahrs (FWJ) zu ermöglichen. Gemeinsam mit Kreis- und
3 Landesebene laden wir als ersten Schritt zu einem Runden Tisch ein, um Kölner
4 Hochschul- und Forschungseinrichtungen dafür zu gewinnen.

5
6 Wir setzen uns darüber hinaus auf Landesebene dafür ein, dass Hochschulen und
7 Forschungseinrichtungen als Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ)
8 grundsätzlich anerkannt werden. Das FWJ soll jungen
9 Menschen helfen praxisnahe Einblicke in den akademischen Forschungsbetrieb, um
10 eine solide Grundlage für die spätere Ausbildungs- oder Studienwahl zu schaffen.
11 Die Erfahrungen zeigen, dass alle Beteiligten von einem solchen FWJ profitieren
12 – das gilt auch die Stadt Köln selbst, gemäß ihres im Leitbild 2020 formulierten
13 Anspruchs: »Köln nutzt seine Chancen, einer der profiliertesten Bildungs- und
14 Wissenschaftsstandorte in Europa zu werden«.

15 Eine Zusammenarbeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der
16 Metropolregion ist anzustreben, um so ein breit gefächertes Angebot zu schaffen.
17 So bietet die RWTH Aachen bereits seit fünf Jahren ein spezielles FSJ in einem
18 technischen Sonderforschungsbereich an, was das zukünftige Kölner Angebot gut
19 ergänzt.

20 Das FWJ soll sowohl für Personen mit als auch ohne Abitur offen sein und die
21 Stellen geschlechterparitätisch besetzt werden. Analog zum FSJ können sich
22 Menschen aus EU- wie Nicht-EU-Ländern bewerben, insbesondere Bewerber*innen aus
23 dem globalen Süden werden angemessen berücksichtigt.

24 Es ist zu prüfen, inwiefern zukünftig Landesmittel für die Finanzierung von
25 Stellen zur Koordinierung und Betreuung der Programmteilnehmer*innen zur
26 Verfügung gestellt werden können.

27 Eine Teilnahme an dem Programm darf nicht an der finanziellen Situation der
28 Person scheitern. Es ist zu prüfen, inwieweit hier insbesondere EU-Mittel in
29 Frage kommen. Ansprüche auf Mittel wie Wohngeld werden ausreichend kommuniziert,
30 die Wohnungssuche wird angemessen unterstützt.

Begründung

Der Antrag steht eigentlich für sich.

Schaut man/frau sich die Angebote* der hannoveranischen Hochschullandschaft an, die von der medizinischen Fakultät, über die mathematische Leibniz Universität bis hin zur Hochschule für Musik, Theater und Medien reichen, genauer an, wird schnell deutlich, welches besondere Potential in diesem FWJ sowohl für Studierenden, Hochschulen und nicht zuletzt für zukünftige Arbeitgeber:innen steckt.

Denn eines ist klar: Vor der Personalgewinnung steht die Berufsorientierung.

Die Universitätsstadt Köln muss ihren Anspruch als Wissenschaftsmetropole einlösen. Sprich: Zeigen, dass sie über den wichtigen Schutz der Uniwiesen zu Karneval hinaus, den Standort als Universitätsstadt entwickelt. Hierzu muss noch nicht einmal das Rad neu erfunden, sondern im besten Sinne nur kopiert werden.

*Das aktuelle Angebot für 2023/2024 der Hochschulen in Hannover findet sich hier:

https://www.mhh.de/fileadmin/mhh/gb1-personal-organisation/freiwilligendienste/FWJ_Projekt%C3%BCbersicht_2023_2024_.pdf

Quellen

- Freiwilliges Jahr in der Wissenschaft (FWJ) an der MHH
<https://www.mhh.de/gb-i/freiwilligendienste/fwj>
- Bundesfreiwilligendienst an der RWTH Aachen
<https://www.sfb1120.rwth-aachen.de/cms/SFB1120/Der-Sonderforschungsbereich/~nmsa/Bundesfreiwilligendienst/>
- DLF: Freiwilliges Wissenschaftliches Jahr – Nach dem Abi in die Forschung
<https://www.deutschlandfunk.de/freiwilliges-wissenschaftliches-jahr-nach-dem-abi-in-die-100.html>
- Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (Jugendfreiwilligendienstegesetz - JFDG)
<https://www.gesetze-im-internet.de/jfdg/BJNR084210008.html>
- Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen Drucksache 203/14
<https://www.niedersachsen.de/download/90968>
- Leitbild der Stadt Köln Leitbild 2020
<https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf01/leitbild/leitbild-broschuere.pdf>